

Darmstadt für Alle.

Zeitung zur Kommunalwahl 2016

DIE LINKE.
Kreisverband Darmstadt

Liebe Darmstädterinnen und Darmstädter,

der Kreisverband der LINKEN in Darmstadt will Ihnen mit dieser Zeitung zur Kommunalwahl 2016 sein Wahlprogramm und seine Kandidatinnen und Kandidaten vorstellen. Auf der Website

www.linke-darmstadt.de

finden Sie Ausführlicheres zu unseren Vorstellungen für eine bessere Politik in Darmstadt. Außerdem sind wir jeden Samstag auf dem Ludwigsplatz oder dem Luisenplatz präsent. Gleichzeitig suchen wir auch an Infoständen in Eberstadt, Kranichstein, Arheilgen und in der Heimstätteniedlung das Gespräch mit Ihnen.

Eine lebenswerte Stadt bietet allen Einwohnerinnen und Einwohnern guten Wohnraum zu erschwinglichen Mieten, gebührenfreie und qualifizierte Kinderbetreuung, gute Schulen, humane Pflege und Betreuung für alte Menschen, preiswerten öffentlichen Nahverkehr, mehr direkte Demokratie, transparente Politik und Verwaltung, ein vielfältiges Kulturangebot für Alle, ein breites Angebot an kostengünstigen Freizeiteinrichtungen, gepflegte Parks, ein sicheres Radverkehrsnetz und intakte Straßen. Sie heißt Geflüchtete willkommen. In ihr können alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilnehmen.

Diese Ziele vertreten auch viele andere Parteien, die zur Wahl kandidieren. Doch gleichzeitig haben deren Politikerinnen und Politiker

auf Bundesebene durch Steuerreformen zugunsten der Reichen und der Unternehmen dafür gesorgt, dass den Kommunen das Geld dafür fehlt. Die finanzielle Austrocknung der Städten und Gemeinden stellt die Erbringung vieler wichtiger Leistungen und Zukunftsinvestitionen in Frage. DIE LINKE macht Druck, dass die Kommunen wieder angemessen finanziert werden und dadurch auch ihre Schulden abbauen können. Um das zu erreichen, wollen wir große Vermögen und hohe Einkommen wieder stärker heranziehen, und die Militärausgaben herunterfahren.

DIE LINKE kämpft für eine bessere Zukunft. Wir streben nach einer Gesellschaft ohne Armut, in der alle Menschen in Frieden, Freiheit, Würde und sozialer Sicherheit leben können. Wir erleben täglich, dass der Kapitalismus diesen Zielen Grenzen setzt. Dem Glauben an ein Wirtschaftssystem, in dem das Interesse einiger Weniger auf geheimnisvolle Weise dem Wohle Aller dienen soll, stellen wir die Idee des demokratischen Sozialismus entgegen. Zugleich streiten wir unter den gegebenen Verhältnissen dafür, vor Ort die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern.

Dafür tritt DIE LINKE an – in den Parlamenten und auf der Straße, im gesamten Land wie auch hier in der Kommune. Wir bitten Sie, uns durch Ihre Stimme bei der Kommunalwahl zu unterstützen.

**Wählen Sie am 6. März
LISTE 4 - DIE LINKE**

Bauverein-Gewinne: Mieterhöhungen stoppen statt Haushaltslöcher stopfen



2013 wurde die Bauverein AG von der grün-schwarzen Koalition verpflichtet, die öffentlichen Zuschüsse für den Bau von Sozialwohnungen selbst zu finanzieren. Das entspricht einer jährlichen Gewinnabführung von 4 Mio Euro an die Stadt. 2014 verzeichnete das Unternehmen einen Rekordgewinn von 20 Mio Euro, musste aber 30 Mio Euro an den Stadtkonzern ausschütten. Dieses Geld wurde von Mieterinnen und Mietern bezahlt, die oft nur über geringes Einkommen verfügen. Anstatt das öffentliche Wohnungsunternehmen zur Stabilisierung der Mieten zu verpflichten, zieht die

Koalition es zum Ausgleich des Haushalts heran. Nebeneffekt: der Mietpiegel wird für Alle hochgedrückt.

Diese Gewinnabführung entspricht einem Spielraum von jährlich 250 Euro für jede der 16.000 Mietparteien der Bauverein AG. Die außerordentliche Gewinnausschüttung machte durchschnittlich mehr als 1.800 Euro aus. Dieser Betrag könnte in Form günstigerer Mieten oder verbesserter Instandhaltung bei den Menschen ankommen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass der Bauverein künftig nicht mehr zum Stopfen von Haushaltslöchern herangezogen wird.

Wir wollen die Bauverein AG in die soziale Verantwortung zurückholen. Das heißt in erster Linie: Stopp aller Mieterhöhungen, anstatt Gewinne anzuhäufen. Außerdem fordern wir eine Konzentration der Neuinvestitionen auf die Schaffung preiswerten Wohnraums, Sanierungen unter Beibehaltung des Mietpreinsniveaus und zügige Durchführung der Instandhaltungsaufgaben. Das Unternehmen muss Pionier werden bei der Konzeption und Erprobung von preisgünstigen Baustandards.

Es ist Strategie der Bauverein AG, den Bestand an Mietwohnungen nicht weiter zu erhöhen. Dazu gliedert sie ältere Einheiten durch „Mieterprivatisierungen“ im Umfang des Neubaus aus. Wir wollen, dass das Unternehmen keine Mietwohnungen mehr veräußert, sondern den Bestand erhöht, denn immer mehr Menschen können sich Wohneigentum nicht leisten.

Neben der Gemeinwohlorientierung der Bauverein AG fordern wir mehr Ressourcen für den Sozialen Wohnungsbau und ein Konzept zur sozialen Bodennutzung. Dazu mehr auf der nächsten Seite.

Soziale Leistungen verbessern

Die grün-schwarze Koalition hat die von allen Bürgerinnen und Bürgern gleichermaßen zu zahlende Grundsteuer um 25% erhöht. Die in Darmstadt relativ niedrige Gewerbesteuer wollte sie jedoch nicht antasten. Eine sozial gerechte Haushaltspolitik sieht anders aus.

Durch die erhöhte Grundsteuer nimmt die Stadt nun etwa 5 Mio Euro zusätzlich ein. Wir wollen, dass die Hälfte dieser Zusatzeinnahmen an sozial Benachteiligte zurückfließen: durch die Einführung eines Sozialtickets, durch kostenloses Mittagessen in Kitas und Horten sowie für den sozialen Wohnungsbau.

Das Sozialticket ist eine Erweiterung der Teilhabecard, mit der Busse und Bahnen zum halben Preis genutzt werden könnten. Damit würde eine Monatskarte ungefähr so viel kosten wie im Hartz-IV-Regelsatz für Mobilität vorgesehen ist. Auch alle Flüchtlinge sollen diese Vergünstigung erhalten. In vielen anderen hessischen

Städten gibt es bereits solche Ermäßigungen. Die Stadt Darmstadt hingegen hat den „Drittelzuschuss“ zu HEAG-Zeitkarten in der Amtszeit von Jochen Partsch als Sozialdezernent abgeschafft. Seitdem verweigert sie sich hartnäckig den Initiativen unserer Fraktion, eine soziale Komponente im ÖPNV wieder einzuführen.

Das Mittagessen in Kitas und Horten würde unabhängig vom Einkommen für alle unentgeltlich bereitgestellt werden. Der entfallende Aufwand für die Abrechnung würde einen Teil der Kosten wieder ausgleichen.

Erschwingliche Kultur-, Sport- und Freizeit-Angebote gehören zum sozialpolitischen Auftrag der Stadt. Deshalb lehnen wir dort Gebührenerhöhungen ab, solange die unteren Einkommen nicht deutlich gestiegen sind. Wir schlagen vor, für Jugendliche und Menschen mit geringem Einkommen Freikarten im Staatstheater anzubieten, so wie das für Studierende schon lange geregelt ist.

Preise runter im öffentlichen Nahverkehr

Der RMV hat zum 1. Januar seine Preise erhöht, im Schnitt um 1,85 Prozent und damit wieder einmal oberhalb der Inflationsrate. Die Fahrpreise steigen Jahr für Jahr schneller als die Löhne und werden damit zu einer immer größeren Belastung für viele Menschen. Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) gehört zur Daseinsvorsorge und muss Mobilität für alle Menschen garantieren. Dazu ist er jedoch einfach zu teuer, und vielerorts auch unzureichend ausgebaut.

Die hessische Landesregierung aus CDU und Grünen stellt im Gegensatz zu anderen Bundesländern keine Mittel für den ÖPNV bereit. Hessen lässt damit die Nutzerinnen und Nutzer der Verkehrsmittel, die Kommunen und den Bund alleine bezahlen. Darin liegt eine Ursache für die hohen Fahrpreise im RMV. Diese Politik muss geändert werden!

DIE LINKE will den öffentlichen Personennahverkehr so attraktiv und

preisgünstig machen, dass er von möglichst vielen Menschen genutzt wird. Kurzfristig könnte durch eine Mehrfahrtkarte im Darmstädter Stadtgebiet der Komfort für Gelegenheitsnutzerinnen und -nutzer verbessert und der Fahrpreis verringert werden. Abends und nachts werden Straßenbahnen und Busse nicht so stark genutzt wie tagsüber. Deshalb schlagen wir die Einführung eines „Ein-Euro-Nachttickets“ ab 20 Uhr vor. Außerdem drängen wir seit Jahren auf die Einführung eines Sozialtickets, mit dem Inhaberinnen und Inhaber der Teilhabecard ermäßigt die Busse und Straßenbahnen in Darmstadt nutzen könnten.

Perspektivisch wollen wir den ÖPNV zum Nulltarif erreichen. Das könnte durch ein „Bürgerticket“ ähnlich dem Semesterticket für Studierende geschehen. In Frankreich gibt es bereits Städte und Regionen, in denen der Nahverkehr kostenlos ge-

nutzt werden kann. Zur Finanzierung trägt dort eine Nahverkehrsabgabe für Unternehmen ab zehn Beschäftigten bei. Die Bürgerinnen und Bürger würden entweder über ihre Steuern oder durch einen geringen Mobilitätsbeitrag beteiligt. Außerdem fallen die Kosten für Fahrscheinautomaten, Abrechnungssysteme und Kontrollen weg. Besucherinnen und Besucher der Stadt könnte man durch eine Übernachtungsabgabe an den Kosten beteiligen. In der Endausbaustufe wäre ein solches „Bürgerticket“ bundesweit für alle Verkehrsverbände gültig und gäbe auch Zugang zu Leih-Fahrrädern und Carsharing.

Voraussetzung für einen Nulltarif sind ausreichende Kapazitäten im Nahverkehr. Zu deren Schaffung brauchen wir ein bundesweites sozial-ökologisches Investitionsprogramm, das durch eine Vermögenssteuer und die Senkung der Militärausgaben gespeist wird.

Für Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit

Bezahlbarer Wohnraum für Darmstadt

In Darmstadt wird der soziale Wohnungsbau fast ausschließlich von öffentlichen Wohnungsbau-gesellschaften geleistet. Wir wollen, dass auch private Investoren verpflichtet werden, bezahlbare Wohnungen zu bauen. Dies ist nach den Regeln des Baugesetzbuchs möglich, wenn eine neue Bauleitplanung erstellt wird oder wenn die Stadt die Flächen verkauft oder verpachtet. Viele Städte haben eine Sozialwohnungsquote bis zu 30 Prozent festgelegt, die die Bauherren über einen städtebaulichen Vertrag zusichern müssen. Dadurch wird nicht nur zusätzlicher bezahlbarer Wohnraum geschaffen, sondern auch für eine gute Mischung der Menschen verschiedener Einkommensgruppen gesorgt.

Die grün-schwarze Koalition hat unseren Antrag abgelehnt, ein Konzept zur „sozialen Bodennutzung“ zu erstellen. Stattdessen schaut man zu, wie eine Baulücke nach der anderen mit hochpreisigen Eigentumswohnungen zugebaut wird. Nicht einmal beim Verkauf des städtischen Grundstücks an der Radrennbahn, wo nun die ex-



Die Stadt hätte das Bauland an der Radrennbahn mit sozialen Auflagen verkaufen können

klusiven „Bessunger Logen“ stehen, hat die Stadt dem Investor soziale Auflagen erteilt.

Wir setzen uns dafür ein, dass künftig bei der Vergabe städtischer Flächen ein Verfahren angewendet wird, in dem das Konzept des Bauvorhabens und nicht das Höchstgebot entscheidend ist. Damit können sozial- und wohnungspolitisch verantwortungsvoll agierende Wohnungsunternehmen und -projekte bevorzugt werden. Die Flächen sollten vorzugsweise in Erbpacht vergeben werden, um die politische Steuerungsfähigkeit der Stadt langfristig zu erhalten.

Auch in Darmstadt werden einkommensschwächere Mieterinnen und Mieter aus ihren Wohnungen und ihren Vierteln verdrängt. Dies wird bei fortgesetztem Wachstum der Stadt noch zunehmen. Um dem entgegen zu treten, können soziale Erhaltungssatzungen für stark betroffene Wohngebiete erlassen werden. Damit bekommt die Stadt beim Verkauf bestehender Wohnungen Vorkaufsrecht oder kann ersatzweise Vereinbarungen mit dem Investor bezüglich Miethöhe, Umwandlung in Eigentumswohnungen und maßvoller Sanierung treffen.

Direkte Demokratie stärken

Wenn die gesetzlichen Regeln für die Gültigkeit eines Bürgerentscheids auch für die Wahl des OB gelten würden, wäre Jochen Partsch trotz klarer Mehrheit nicht gewählt worden. Denn in der Stichwahl haben weniger als 25% der Wahlberechtigten für ihn gestimmt. Dieses Quorum für direktdemokratische Entscheidungen ist eindeutig zu hoch!

Die Landtagsfraktion der LINKEN hat 2014 Veränderungen der Hessischen Gemeindeordnung ins Parlament eingebracht. Unter anderem sollten die Hürden für Bürgerentscheide nach bayrischem (!) Vorbild abgesenkt werden. In Darmstadt wäre die Mehrheit in einem Entscheid gültig, wenn sie mehr als 10.800 Wahlberechtigte (10%) umfasst.

Darüber hinaus hat sie beantragt, Bürgerpetitionen und Bürgeranträge einzuführen. 1.400 Gemeindeangehörige ab 14 Jahren (1%) könnten einen solchen Antrag an die Stadtverordneten stellen. Diese beiden Instrumente stünden auch nicht wahlberechtigten Einwohner/innen zur Verfügung.

Diese Vorschläge zur Belebung der kommunalen Demokratie wurden von der schwarz-grünen Landtagsmehrheit leider abgelehnt.

Demokratische Mitbestimmung auch ohne deutschen Pass

In unserer Stadt leben 27.000 Menschen ohne deutschen Pass, das sind 18 Prozent. Von kommunalpolitischen Entscheidungen sind sie genauso betroffen wie deutsche Staatsangehörige. Doch wenn sie keine Bürgerinnen oder Bürger eines EU-Lands sind, bleiben sie von der kommunalen Mitbestimmung ausgeschlossen.

Anstatt darüber zu diskutieren, wie man die Migrantinnen und Migranten in eine „Leitkultur“ einpassen kann, wollen wir sie in die Suche nach Lösungen mit einbeziehen. In Umfragen stellt sich immer wieder heraus, dass auch die Migrantinnen und Migranten mit der Integrationspolitik nicht zufrieden sind und sich,

anders als immer wieder unterstellt wird, mehr Möglichkeiten und Chancen zur Teilnahme am gesellschaftlichen Leben wünschen. Sie möchten in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichgestellt sein. Allzuoft müssen sie jedoch feststellen, dass die Politik umgekehrt darauf abzielt, sie als Sündenböcke für gesellschaftliche Fehlentwicklungen darzustellen. Wir wollen ihre umfassende Teilhabe am sozialen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben unserer Stadt erreichen.

Die schwache Beteiligung bei der Wahl des Ausländerbeirats im November 2015 zeigt, dass sich die nicht wahlberechtigten Darmstädterinnen

und Darmstädter nicht mit einem weitgehend einflusslosen und von der Öffentlichkeit wenig beachteten Gremium abspeisen lassen. Die Zeit ist reif, dass alle dauerhaft in einer Gemeinde lebenden Menschen gleichberechtigt in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden.

Dazu könnten in der Hessischen Gemeindeordnung Beteiligungsinstrumente eingeführt werden, an denen die Gemeindeangehörigen ungeachtet ihrer Nationalität teilnehmen dürfen (siehe „Direkte Demokratie stärken“). Auf der Bundesebene setzt sich DIE LINKE dafür ein, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner das aktive und passive Wahlrecht erhalten.

Für gute Arbeit und die Aufwertung von sozialen Berufen

Immer mehr Menschen leiden unter unsicherer Beschäftigung, Minijobs und Niedriglöhnen. Die Kommunen könnten durch ordentliche Tarifabschlüsse bei Arbeitszeit und Entlohnung Standards setzen. Doch sie gehen oft den umgekehrten Weg, wie die hartnäckigen Tarifeinseitigen Setzungen der letzten Jahre verdeutlicht haben.

Ein besonders trauriges Kapitel war der vierwöchige „Kita-Streik“ im vergangenen Jahr. Es ging um die Aufwertung der kommunalen Sozial- und Erziehungsdienste. Die meist weiblichen Beschäftigten forderten die Angleichung ihrer Entlohnung auf das Niveau vergleichbarer, überwiegend „männlicher“ Berufsgruppen. Auch aus geschlechterpolitischer Sicht hätte es den Kommunen gut angestanden, sich den Forderungen der Streikenden zu öffnen. Das kümmerliche Ergebnis des Arbeitskampfs war leider nur ein winziger Schritt in Richtung Gleichstellung der Sozialberufe, die auch für den Gesundheitsbereich dringend nötig wäre. Wir treten dafür

ein, dass die Stadt Darmstadt nach dem Vorbild von Frankfurt oder dem Kreis Groß-Gerau die Beschäftigten in Kitas und Sozialdiensten über Tarif eingruppiert. Das würde auch andere Gemeinden unter Zugzwang setzen.

Sachgrundlose Befristungen, Leiharbeit und zweckentfremdete Werkverträge lehnt DIE LINKE grundsätzlich ab. Solche Instrumente dürfen bei der Stadt, ihren Eigenbetrieben und bei den Unternehmen des Stadtkonzerns keine Anwendung finden.

Gegenüber der Privatwirtschaft kann die Kommunalpolitik Druck ausüben, indem sie die Auftragsvergabe an Bedingungen knüpft. Wir setzen uns dafür ein, dass nur Unternehmen, die Tariflöhne zahlen, das Arbeitnehmerentendengesetz einhalten und Arbeitnehmerrechte achten, in Darmstadt öffentliche Aufträge erhalten. Auch Betriebe, die viele Ausbildungsplätze anbieten, die Gleichstellung von Frauen und Männern vorantreiben und auf ökologische Nachhaltigkeit achten, sollen auf diesem Wege gefördert werden.



Demonstration der Erzieherinnen und Sozialarbeiter am 8.4.2015 in Darmstadt für die Aufwertung ihrer Berufsgruppen

Den Stadtkonzern resozialisieren

Der Stadtkonzern HEAG Holding umfasst einen großen Teil der städtischen Wirtschaftskraft. Allein die HSE AG, die Bauverein AG, die HEAG mobilo GmbH und die Klinikum Darmstadt gGmbH vereinen ein Eigenkapital von über 700 Mio Euro. Diese Unternehmen sind privatwirtschaftlich verfasst und damit der demokratischen Kontrolle weitgehend entzogen. Gewinnstreben und kommerzielle Interessen gewinnen die Oberhand, obwohl die Stadt Mehrheitseigentümerin bleibt. Die soziale Verantwortung bleibt auf der Strecke.

Um die Gemeinwohlorientierung durchzusetzen, müssen städtische Unternehmen als Eigenbetriebe oder selbständige Kommunalunternehmen betrieben werden. Die letztgenannte Unternehmensform existiert in eini-

gen Bundesländern, in Hessen müssen sie noch eingeführt werden.

Im Stadtkonzern betreibt auch die Stadt Darmstadt Tarifflucht, und zwar aus den öffentlichen in schlechtere private Tarifverträge. Dies ist zum Beispiel bei der HEAG mobilo für die Busfahrerinnen und Busfahrer der Fall. Auch beim Klinikum besteht die Gefahr, dass die Beschäftigten ausgegliedert werden, die nicht direkt in der Pflege arbeiten. Dann könnten sie nach einem schlechteren Tarif bezahlt werden. DIE LINKE wendet sich gegen solche Formen von Lohnrückerei.

Wir wollen von Fall zu Fall zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Beschäftigten politischen Druck erzeugen, um die Unternehmen des Stadtkonzerns in die soziale Verantwortung zu nehmen.

Offene Mehrheiten statt Politik hinter den Kulissen

Wir streben in der Stadtverordnetenversammlung keine feste Koalition mit anderen Parteien und Wählervereinigungen an. Wir wünschen uns stattdessen eine demokratische Entscheidungsfindung mit offenen Mehrheiten, damit die Darmstädter Politik nicht hinter den Kulissen, sondern in öffentlichen Debatten zwischen allen Fraktionen ausgehandelt wird.

So war es 2008 in Hessen und 2010 in Darmstadt. Der parlamentarische Schlagabtausch zwischen Koalition und Opposition kann echte Debatten nicht ersetzen. Wenn nicht „durchregiert“ wird, sondern der Magistrat sich seine Mehrheiten suchen muss, befruchtet das die Demokratie und macht sie für die Bürgerinnen und Bürger interessant.

Die Würde des Menschen ist unantastbar

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen“, so lautet der erste Artikel der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. Artikel 2 bekräftigt, dass diese Gleichheit der Rechte und Freiheiten für alle Menschen gilt, unabhängig von Rasse, Hautfarbe, Religion sowie nationaler oder sozialer Herkunft. Jeder Mensch hat diese Rechte allein durch sein Menschsein. Einwanderer, Minderheiten, Arbeitslose, Alte, Kranke, Kinder, sogar Verbrecher und selbstverständlich Fremde, Gäste oder Flüchtlinge. Und sollten diese Rechte nicht geachtet und von Regierungen, Tyrannen oder Staaten bedroht werden, so hat jeder Mensch „das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgung Asyl zu suchen und zu genießen“ (Artikel 14).

Wir sind als Menschen, aber auch als politisches Gemeinwesen, dazu verpflichtet, alles Mögliche dafür zu tun, dass diese Rechte auch wirklich einem jedem Menschen zukommen. Wir können dies nicht in Syrien tun. Wir können das auch nicht im Irak, in Afghanistan oder auf dem Balkan, aber zumindest hier in Deutschland sollte es uns möglich sein. Selbst die relativ hohe Zahl an Flüchtlingen, die im letzten Jahr nach Deutschland gekommen sind, und die vermutlich

auch in diesem Jahr weiter kommen werden, kann in einem der reichsten Länder der Erde kein Grund sein, Menschen monatelang in Zelten und Lagerhallen abzuladen. Es ist inakzeptabel, dem verbrecherischen und zunehmend diktatorisch regierenden Präsidenten der Türkei den Auftrag zu geben, diese Menschen vor den EU-Außengrenzen abzufangen und zurückzuweisen.

Um den Menschen, die es auf ihrer Flucht vor Hunger, Krankheit, politischer, religiöser oder sexueller Verfolgung, Krieg und Bürgerkrieg bis hier her geschafft haben gerecht werden zu können, fordern wir: Deutlich mehr Mittel von Bund und Ländern zur Finanzierung von Unterbringung und sozialer Betreuung, mehr Personal bei den zuständigen Behörden, eine rasche Rückkehr zur dezentralen Unterbringung, Unterstützung bei der Bildung von Selbstverwaltungsstrukturen der Flüchtlinge, vergünstigten Nahverkehr im Rahmen eines Sozialtickets für einkommensschwache Menschen, eine deutliche Aufstockung des sozialen Wohnungsbaus und den raschen Ausbau von Sprachkursen.

Niemand sollte in Krisenregionen wie Afghanistan abgeschoben werden. Eine individuelle Prüfung des Asylantrags darf nicht durch pauschale Regelungen wie die Rückführung in sichere Drittstaaten oder sichere Herkunftsstaaten ersetzt werden.

Umweltverbund fördern, Autos verzichtbar machen

DIE LINKE tritt ein für eine Verkehrswende. Wir wollen den „Umweltverbund“ fördern, also den fußläufigen, den Fahrrad- und den öffentlichen Verkehr, und so die Nutzung des PKW für möglichst Viele verzichtbar machen. Eine Stadt mit weniger Autos ist sicherer, stressfreier, gesünder und nicht zuletzt: schöner. Die Verkehrsmittel des Umweltverbunds sind mit entsprechender Förderung preiswerter und bieten – ergänzt durch Carsharing – nicht weniger Mobilität als ein eigenes Fahrzeug.

Das Fahrrad hat entscheidende Vorteile. Es ist emissionsfrei. Es ist preiswert in Anschaffung und Unterhalt. Es ist für die Stadt günstig. Und es ist auf kürzeren Strecken konkurrenzlos schnell. Deshalb muss unser Radverkehrsnetz schnell und planmäßig vervollständigt werden. Wir setzen auf den Ausbau der Radwege wie auch auf die Verlagerung des Radverkehrs auf die Straßen, wobei Sicherheit und Vorrang durch Schutzstreifen zu gewährleisten sind. Fahrradstraßen bilden einen wichtigen Teil dieses Netzes. Schluss mit der verschlafenen Radverkehrspolitik der letzten 20 Jahre!

Am dringendsten braucht Darmstadt günstige Fahrpreise. Doch auch die Kapazitäten müssen vergrößert werden. Beispielsweise reicht die Erschließung mit einer Buslinie nicht aus, um das westliche Gewerbegebiet verkehrsfrei zu gestalten. Nötig ist eine Straßenbahn-Anbindung vom Hauptbahnhof durch die „Telekom-City“ bis zum Einkaufszentrum Heimstättensiedlung. Dazu müsste die Linie 3 entsprechend verlängert werden. Dies würde auch die Buslinie H entlasten. Wir unterstützen auch den Vorschlag, durch Zusammenfassung

der Linien A und AH eine Ringbuslinie durch Arheilgen einzurichten.

Die Bahn hält immer noch an einer Hochgeschwindigkeits-Trasse entlang der Autobahnen fest. Es wäre sinnvoll, diese für den Güterverkehr nutzen. Für den Personenverkehr fordern wir eine Neubaustrecke durch den Hauptbahnhof, um Darmstadt besser ins Fernverkehrsnetz einzubinden. Diese könnte entlang bestehender Trassen verlaufen und würde im südlichen Teil zusammen mit der Main-Neckar-Bahn für den Lärmschutz einen „Deckel“ bekommen.

Die Stadt Darmstadt muss sich auch für die Verbesserung der regionalen Bahnverbindungen einsetzen. Für die Verbindung nach Mannheim wäre dies durch in Mannheim-Friedrichsfeld getrennte „Flügelzüge“ mit Doppelstock-Triebwagen möglich. Der Takt nach Aschaffenburg und Mainz/Wiesbaden sollte auch außerhalb der Hauptverkehrszeit verdichtet werden.

DIE LINKE fordert ein Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen von 22 bis 6 Uhr.

Personalaufbau ist das Gebot der Stunde

Sichere Arbeitsplätze, ordentliche Einkommen und gute Arbeitsbedingungen sind ein zentrales Anliegen der LINKEN. Ein guter Arbeitsplatz bietet Gestaltungsmöglichkeiten, lässt Raum für Kreativität, gibt Freiheiten bei der Arbeitszeitgestaltung und schont die Gesundheit. Nach dem Stellenabbau der vergangenen Jahre und durch die Stellenbesetzungssperren sind solche Bedingungen für die gut 1.600 städtischen Beschäftigten kaum zu realisieren, zumal immer neue Aufgabenbereiche

Für öffentliche und kostenfreie berufliche Bildung

Im Zentrum linker Schulpolitik steht die Herstellung gleicher Entwicklungsvoraussetzungen und Entfaltungsmöglichkeiten für alle Kinder und Jugendlichen. Sie müssen in ihren Fähigkeiten individuell gefördert werden. Chancengleichheit wird am Besten in integrierten Gesamtschulen umgesetzt, denn dort ist längeres gemeinsames Lernen möglich. Davon profitieren alle Schülerinnen und Schüler gleichermaßen. Wir treten für eine Stärkung dieser Schulform in Darmstadt ein.

Nötig ist die besondere Förderung von Grund-, Gesamt- und Berufsschu-

len, was sich in einer Neubewertung des Schulbausanierungsplans niederschlagen muss. Vor allem die Berufsschulen werden seit langem vernachlässigt. Hier ist auch eine verstärkte Privatisierungstendenz festzustellen: von den 14 beruflichen Schulen in Darmstadt sind nur sieben öffentlich. 15% der beruflichen Schülerinnen und Schüler besuchen eine der privaten Schulen, für die meist Schulgeld entrichtet werden muss. Die Tendenz ist steigend: im letzten Jahr genehmigte und finanzierte die Landesregierung einen Ausbildungsgang „Gesundheit“ an der privaten Pädagogischen Aka-

demie Elisabethenstift. Kurz zuvor hatte sie der staatlichen Heinrich-Emanuel-Merck-Schule die Einrichtung eines solchen Bereichs noch verweigert.

Auch die durch massiven Protest zunächst verhinderte Zerschlagung der Alice-Eleonoren-Schule würde Schülerinnen und Schüler an private Berufsschulen verschieben. Wir wenden uns gegen die Privatisierung der beruflichen Bildung und wollen den privaten Berufsschulen keinen weiteren Raum geben.

Der „Pakt für den Nachmittag“ ist eine Mogelpackung, für die auch noch Elternbeiträge gezahlt werden müssen. DIE LINKE tritt ein für einen Rechtsanspruch auf einen Platz in einer gebundenen Ganztagschule und fordert stärkere Anstrengungen, die Darmstädter Schulen zu wirklichen Ganztageinrichtungen weiter zu entwickeln. Insgesamt muss die Stadt durch bessere Ausstattung der Schulen ihren Teil dazu beitragen, dass aus Lehranstalten Lebensräume werden.



Protest der Schülerinnen und Schüler gegen die Zerschlagung der Alice-Eleonoren-Schule am 12.2.2015 anlässlich der StaVo-Versammlung

Teilhabe für Menschen mit Behinderung

Wir treten ein für die volle Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Bei entsprechender Ausstattung von Kitas und Schulen mit Räumen, Personal und Arbeitsmitteln können Kinder mit und ohne Behinderung, hochbegabte und besonders förderungsbedürftige Kinder gemeinsam mit- und voneinander lernen. Die BRD hat sich durch Unterzeichnung der UN-Behindertenrechtskonvention verpflichtet, diese Inklusion in der Bildung anzustreben. Doch die Konvention wird nur nach Kassenlage umgesetzt. In Deutschland wurde die gemeinsame Beschulung von Kindern mit und ohne Handicap in ein großes Kürzungsprogramm umgewandelt. Das akzeptieren wir nicht.

Menschen mit Behinderung sollen ganz selbstverständlich am Alltag teilnehmen können. Dazu ist es notwendig, individuelle Beeinträchtigungen durch die Gestaltung von Straßen und Plätzen, Gebäuden, des ÖPNV und auch der öffentlichen Internet-Präsenzen auszugleichen. Für ältere Menschen und Menschen mit Behinderung müssen preiswerte barrierefreie Wohnungen bereitgestellt werden.

Auch die Stadt als Arbeitgeberin ist in der Verantwortung. Sie erfüllt zwar die gesetzliche Schwerbehindertenquote, stellt aber zu wenige Menschen mit Behinderung neu ein. In 2012 bekamen nur 1,3% und 2013 nur 2,5% von ihnen einen Job in der Verwaltung oder bei den Eigenbetrieben. Unsere Initiative, den Ursachen für diese Fehlentwicklung auf den Grund zu gehen, um sie zu beseitigen, wurde in der Stadtverordnetenversammlung mit Desinteresse abgetan. Wir halten eine Einstellungs-Quote von 4% für angemessen. Um dies zu erreichen, müsste das Bewerbungsverfahren verändert und in behindertengerechte Arbeitsplätze investiert werden.

Wichtig ist auch die Beschäftigungssicherung der bereits beschäftigten Menschen mit Behinderung. Die Betroffenen müssen am Arbeitsplatz entlastet und die Arbeitstätigkeit muss behinderungsgerecht gestaltet werden. Die Stadt als Arbeitgeberin muss alles unternehmen, um vorzeitige Entlassungen von Menschen mit Behinderung zu vermeiden.

Kunst und Kultur für Alle

Die Förderung der Kultur ist eine der wichtigsten Aufgaben der Kommunalpolitik. Kultur in ihrer Vielfalt fördert Toleranz und gesellschaftlichen Austausch. Sie kann dazu beitragen, dass die Integration aller gesellschaftlichen Gruppen gelingt.

Sozial Benachteiligte müssen einen kostengünstigen Zugang zum vielfältigen Darmstädter Kulturangebot bekommen. Hierzu schlagen wir vor, dass ähnlich wie die Studierenden auch Jugendliche und Inhaber/innen der Teilhabecard Vorstellungen im Staatstheater kostenlos besuchen dürfen.

Die freie Kunst- und Kulturszene erhält ungefähr zwei Prozent des städtischen Kulturretats. Bei aller Wertschätzung unserer „kulturellen Leuchttürme“ wie dem Staatstheater und der Mathildenhöhe sehen wir darin ein Missverhältnis. DIE LINKE fordert die Verdoppelung der Förderung der freien Kultur. Zur Finanzierung schlagen wir vor, einen Solidaritätsbeitrag in Höhe von einem Euro auf Staatstheater-Tickets der oberen Preisklassen und bei Premieren zu erheben.

Kunst- und Kulturschaffende müssen von ihrer Arbeit leben können. Dies gilt für die Beschäftigten des Staatstheaters genauso wie für die hauptberuflichen Künstlerinnen und

Künstler. Die Kürzungen und das Einfrieren der „freiwilligen Leistungen“ der Stadt hat die ohnehin schwierige Lage vieler Betroffener und ihrer künstlerischen Projekte weiter verschärft. Wir wollen den freien Kulturinstitutionen durch mehr vertraglich abgesicherte Leistungen eine sichere Planung und den Kunst- und Kulturschaffenden ein besseres Auskommen ermöglichen.

Lokale Kunstproduktion braucht Unterstützung. Gelegenheiten zur niedrigschwelligen Präsentation wie die Kommunale Galerie im Justus-Liebig-Haus wurden leider geschlossen. Wir wollen, dass neue Möglichkeiten für Galerien oder Ausstellungen zur Förderung der Darmstädter Künstlerinnen und Künstler eingerichtet werden. Der Bedarf ist da, sowohl bei den Kunstschaffenden als auch seitens der Besucherinnen und Besucher, wie sich zuletzt bei der Ausstellung „Darmstadt lebt Kunst“ im Designhaus Mathildenhöhe gezeigt hat.

Um der Darmstädter Kultur ein Forum und Sprachrohr zur Vertretung ihrer Interessen zu geben, schlagen wir die Bildung eines Kultur- und Künstlerrats vor. Dieser wäre bei der Verteilung der städtischen Zuschüsse zu beteiligen und berechtigt, Vorschläge und Anfragen in die Stadtverordnetenversammlung zu tragen.

hinzukommen. Seit Amtsübernahme der Koalition in 2011 wurden bei der Stadt in der Kernverwaltung (ohne Sozial- und Erziehungsdienst) 5,5% der Planstellen abgebaut, Mitte 2014 waren dort 8% der Stellen unbesetzt. Das führt zu massiver Arbeitsverdichtung in den Ämtern und Betrieben der Stadt mit all ihren Auswirkungen: Überarbeitung, Erkrankungen durch Stress und Unzufriedenheit bei den Beschäftigten. So leidet auch die Qualität der Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger.

Das von der grün-schwarzen Koalition bedenkenlos vorangetriebene Wachstum der Stadt setzt dem Personalabbau nun endgültig Grenzen. Auch für die menschenwürdige Aufnahme der Flüchtlinge wird längerfristig professionelle Arbeitskraft benötigt.

Zur Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen und zur Entlastung der Beschäftigten müssen Planstellen in der Stadtverwaltung neu geschaffen und bestehende Stellen schnellstmöglich besetzt werden.

bekämpfen. Zukunft finanzieren.

DIE LINKE.

Lebensqualität statt Wachstum auf Teufel komm raus

Die grün-schwarze Koalition setzt auf ungebremstes Wachstum unserer Stadt. Die Gewerbesteuern der neu angesiedelten Unternehmen, zusätzliche Steuerzahlungen der Neubürger/innen und steigende Zuweisungen vom Land sollen die Einnahmen erhöhen. OB Partsch hat angekündigt, dass in den nächsten vier Jahren 10.000 neue Wohnungen entstehen sollen, die für ca. 20.000 Menschen Platz bieten.

Es ist gut, wenn viele neue Wohnungen gebaut werden. Doch nur 800 von ihnen sollen Sozialwohnungen sein. Offenbar zielt die Wohnrauminitiative eher auf die neu zuziehenden Beschäftigten z.B. von Alnatura, Wella oder des Beschleunigers in Wixhausen. Das Wachstum droht, die Wirkung des neu geschaffenen Wohnraums zu neutralisieren. Dann bleibt die Lage angespannt für die 2.000 Haushalte, die sich beim Wohnungsamt für eine Sozialwohnung bewerben haben, für die Flüchtlinge, die sich in Darmstadt niederlassen werden, und für all diejenigen, die einen viel zu großen Anteil ihres Einkommens für Miete ausgeben müssen.

Darmstadt kann, unter anderem wegen des Fluglärms, kaum nach außen wachsen. Deshalb wird der massive Wohnungsbau die Stadt verdichten. Grünflächen und Innenhöfe werden zugebaut, Freiräume für Spiel, Sport und Geselligkeit verschwinden. Häuser werden aufgestockt, neue Hochhäuser entstehen – mit entsprechenden Folgen für das Stadtklima. Die Verkehrsprobleme werden sich weiter zuspitzen.

DIE LINKE teilt die Begeisterung für das Wachstum nicht. Für uns ist die Lebensqualität der in der Stadt wohnenden Menschen entscheidend. Wir wollen nicht, dass Abwanderung die ländlichen Regionen entvölkert, während es in den Städten immer enger wird. Wir sehen die Grenzen des städtischen Wachstums und fordern eine überregionale Strukturpolitik, die solche Konzentrationsprozesse begrenzt. Durch eine Erhöhung der Gewerbesteuer kann auch ohne weiteres Wachstum mehr Geld in die Stadtkasse fließen. Wir wollen die wenigen verbleibenden Flächen für Wohnbebauung und nicht für weitere Gewerbeansiedlung nutzen.

Darmstadt für Alle!

So lautet der Titel unseres Kommunalwahlprogramms. Darin erläutern wir die in dieser Zeitung kurz dargestellten Positionen und Forderungen ausführlicher. Auch zu weiteren Themen finden Sie dort unsere Aussagen. Auf unserer Website bieten wir dieses Programm zum Herunterladen an. Sie können es auch in gedruckter Form anfordern: per Brief an DIE LINKE, Darmstadt, Landgraf-Philipp-

Anlage 32, 64283 Darmstadt, per Mail an post@linke-darmstadt.de oder telefonisch unter 06151/3914629.

Auf der Website finden Sie auch unser Kurzwahlprogramm für Darmstadt, die „Kommunalpolitischen Eckpunkte“ der LINKEN. Hessen sowie die Termine und Standorte unserer Info-Stände. Außerdem wird eine Veranstaltung zu bezahlbarem Wohnraum am 26. Februar angekündigt.

Lesen Sie unserer ausführliches Wahlprogramm auf www.linke-darmstadt.de

Kommunale Selbstbestimmung statt unsozialer Kürzungspolitik

Die Stadt profitiert momentan von der relativ guten Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und von den niedrigen Zinsen. Die grün-schwarze Konsolidierungs- und Kürzungspolitik hingegen hat wenig mit dem guten Ergebnis zu tun. 2007 und 2008 gab es sogar Haushaltsüberschüsse. Doch ein Haushalt, der in guten Zeiten nur ausgeglichen ist, offenbart ein strukturelles Defizit. Ein Gemeinwesen, das sich sogar bei guter Wirtschaftslage einschränken muss, hat für Krisenzeiten keine Reserven. Bei aller Kritik an den fragwürdigen Investitionen der Vergangenheit: Darmstadt hat, wie die meisten anderen Kommunen, im Wesentlichen ein Einnahmenproblem, das durch die Steuerreformen der vergangenen zwei Jahrzehnte verursacht wurde (siehe Grafik).

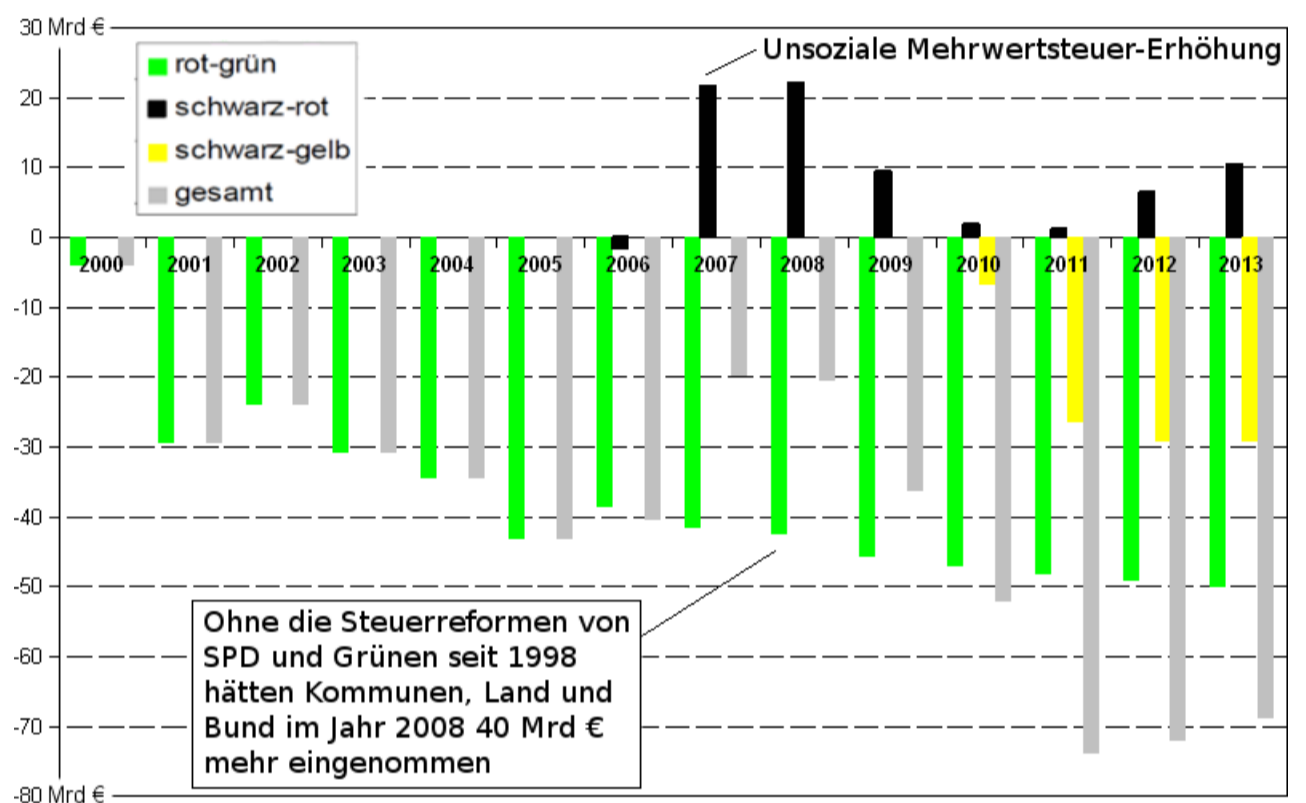
Die Schulden müssen durch verbesserte Einnahmen abgebaut werden, und nicht durch Kürzungen bei

sozialen Einrichtungen, Vereinen, Kultur und Bildung. Wir wollen unseren Kindern keine ruinierte öffentliche Infrastruktur und keine in arm und reich gesplante Gesellschaft hinterlassen. Dazu fordert DIE LINKE auf Bundesebene sozial gerechte Steuerreformen und die Weiterentwicklung der Gewerbesteuer zu einer Gemeindefortschrittssteuer. Diese soll – mit einem entsprechenden Freibetrag – Freiberuflerinnen und Freiberufler einbeziehen. Grundlage der Besteuerung soll die Wertschöpfung in der Kommune bilden, damit nicht Gewinne an einem Ort mit Verlusten an einer anderen Produktionsstätte verrechnet werden können.

Vor Ort wollen wir die Gewerbesteuer auf das Niveau vergleichbarer hessischer Großstädte anheben. Das würde jährlich 10 Mio Euro einbringen. Mit diesen Einnahmen wollen wir die Prioritäten der Darmstädter Poli-

tik zu Gunsten der sozial Benachteiligten, guter Bildung, der Förderung von Kultur und Sport, einer nachhaltigen Verkehrsinfrastruktur und der Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen verschieben.

Wir lehnen die Freihandelsabkommen TTIP, CETA und TISA ab. Sie würden die weitere Liberalisierung des Marktzugangs erzwingen, die Kommunen zu einer weiter gehenden Ausschreibung ihrer Dienstleistungen verpflichten und staatliche Beihilfen angreifbar machen. Die öffentlichen Unternehmen würden zurückgedrängt, und es droht Verschlechterungen der Versorgungsqualität und der Arbeitsbedingungen. Diese Abkommen untersagen die Rekommunalisierungen bereits privatisierter Bereiche. Solche Einschränkungen der Eigenständigkeit der Kommunen sind unerträglich. Sie müssen verhindert werden.



Die bundesweiten Einnahmehausfälle im Zeitraum 2000 bis 2013 aufgrund der Steuergesetzänderungen seit 1998 (Quelle: ver.di Hessen, 2010)

Wir machen Druck.



Unsere Kandidatinnen und Kandidaten

1. Karl-Heinz Böck
2. Martina Hübscher-Paul
3. Kris Vera Hartmann
4. Werner Krone
5. Katharina Grabietz
6. Dennis Bensinger
7. Lisa Hofmann
8. Uli Franke
9. Brita Maschen
10. Hüdaverdi Kaya
11. Nedjelka Brier
12. Wolfgang Weber
13. Nurcan Yildiz
14. Dursun Parlak
15. Anja Foshag
16. Ümit Bilbay
17. Marina Marthiensen
18. Arwed Hähnel
19. Dagmar Kern
20. Reiner Keil
21. Verena Hoppe
22. Edmund Schenk
23. Meral Kaçmaz-Özdemir
24. Helmut Angelbeck
25. Stefanie Klement
26. Markus Gludovacz
27. Gamze Günbay
28. Fritz Schmidt-Kleiner
29. Karina Fey
30. Erhard Schleitzer
31. Jutta Jung
32. Ralph Decker
33. Nursen Kaya
34. Patrick Fütterer
35. Wolfgang Teubert
36. Christoph Vetter
37. Qiong Wu
38. Fabian Kraus
39. Michael Friedrichs
40. Malte Fuchs
41. Steffen Weber
42. Trutz Schadt
43. Nico Cianciaruso
44. Niko Haag
45. Babak Zandi
46. Peter Schipper
47. Harald Brier
48. Bernd Schneider
49. Reiner Vogel
50. Tobias Paul
51. Waldemar Sarezki
52. Michael Nickel
53. Michael Müller
54. Thomas Dunajski
55. Frank Gerfelder-Jung

Dennis Bensinger • Hüdaverdi Kaya • Werner Krone
Katharina Grabietz • Lisa Hofmann • Kris Hartmann • Brita Maschen
Uli Franke • Martina Hübscher-Paul • Karl-Heinz Böck

TTIP, CETA und TiSA stoppen!

